

Islamischer Staat und Islam

Von Heiko Heinisch, in dieser Version erstveröffentlicht auf <http://www.heiko-heinisch.net/> - in Kurzversion im Internet-magazin "The European" erschienen¹

Am 26. August dieses Jahres sagte Aiman Mazyek, Vorsitzender des *Zentralrats der Muslime in Deutschland* (ZMD), in der ZDF-Sendung "Menschen bei Maischberger"², der IS habe nichts mit dem Islam zu tun. Ein Satz, der in den letzten Monaten häufig zu hören ist - insbesondere von Seiten der europäischen Islamverbände. So schreibt die *Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich* (IGGiÖ) in einer Presseaussendung³, IS pervertiere die Religion, und appelliert "an die Öffentlichkeit, diesen Terror nicht mit ‚dem Islam‘ zu verbinden".

DAS HAT NICHTS MIT DEM ISLAM ZU TUN.



Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass es das Regime Assads gewesen sei, das IS groß gemacht habe. Noch einen Schritt weiter geht Yasmin Fahimi, Generalsekretärin der SPD. Sie fordert⁴, dass der IS in der öffentlichen Debatte nicht mehr als "radikal islamisch" bezeichnet werden solle, da dies - also die Zuschreibung von außen, nicht die Selbstbezeichnung! - die Muslime beleidige.

Es gibt keinen einzigen islamischen Staat und kaum eine islamische Organisation, die sich nicht vom IS und seinen Gräueltaten distanzieren. Das Motiv dahinter ist jedoch nicht unbedingt ein anderes Islamverständnis. So hat sich etwa die *Organisation für islamische Zusammenarbeit* (OIC) einhellig gegen IS ausgesprochen. Darunter an prominenter Stelle die Regime von Katar, das als weltweiter Terrorfinanzier gilt, und Saudi-Arabien, wo ein Islam herrscht, der nur unwesentlich von jenem des IS abweicht: Geschlechtersegregation bis hin zur Geschlechterapartheid, eine scharf gezogene Grenze zwischen den wahren Gläubigen und den "Ungläubigen" und die gleichen grausamen Körperstrafen. Der Unterschied ist eher ein quantitativer als ein qualitativer. Wenn nun islamistische Staaten wie Saudi-Arabien und konservative bis islamistische Organisationen und Gelehrte den IS ablehnen, dann stehen dahinter machtpolitische Erwägungen. **Durch die Ausrufung des Kalifats und dem damit verbundenen Anspruch, Zentralorgan für alle Muslime der Welt zu sein, greift der IS die Autorität Saudi-Arabiens als Hüter der heiligen Stätten des Islam an, ebenso wie die theologische Autorität islamischer Gelehrter oder der al-Azhar Universität in Kairo.**

Mit der Tatsache, dass sich islamisch-konservative bis islamistische Staaten, Organisationen und Einzelpersonen lautstark vom IS distanzieren, rückt eine entscheidende Frage ins Zentrum: **Wenn IS tatsächlich nichts mit dem Islam zu tun haben sollte - was suggeriert, dass es eine klar definierte Grenze des Islam gibt und sich der IS außerhalb dieser Grenze bewegt - wo genau verläuft dann diese Grenze?** Liegt das Regime in Saudi-Arabien

¹ "Brandstifter und keine Feuerlöcher" <http://www.theeuropean.de/heiko-heinisch/9054-der-islamische-staat-is-und-der-islam>

² <http://www.daserste.de/unterhaltung/talk/menschen-bei-maischberger/sendung/26082014-angst-vor-gotteskriegern-100.html>

³ <http://www.derislam.at/?f=news&shownews=1884&kid=1>

⁴ <http://www.pro-medienmagazin.de/politik/detailansicht/aktuell/fahimi-is-nicht-islamisch-89351/>

innerhalb der Grenze oder außerhalb? Und die von Saudi-Arabien finanzierten Moscheegemeinden in Europa, wie etwa das *Islamische Zentrum* in Wien? Gehört das Mullah-Regime im Iran zum Islam oder steht es außerhalb? Die Muslimbrüder? Die Hamas? Die Salafisten?

Die Distanzierung vom IS ist nicht nur billig zu haben, sondern verfehlt - verbunden mit der Aussage, IS habe nichts mit dem Islam zu tun - das eigentliche Problem. Wer die Probleme erst beim IS und anderen gewalttätigen und terroristischen Gruppierungen sieht, braucht sich mit der religiös-ideologischen Fundierung dieser Gruppen gar nicht erst beschäftigen. Ist IS aber nicht vielmehr ein Symptom eines Islam, der nicht bereit ist, sich kritisch mit den eigenen theologischen und politischen Grundlagen zu befassen? **Ist IS nicht letztlich ein Kind jener Hauptströmung des Islam, die in verschiedenen Abstufungen von den großen Islamverbänden in Europa und von den meisten islamischen Organisationen und Staaten weltweit vertreten und in vielen Moscheen Europas gepredigt wird - eines politischen Verständnisses der Religion?**

IS sei, so die Politikwissenschaftlerin Elham Manea⁵, das Produkt eines islamischen Diskurses, der die islamische Welt seit Jahrzehnten dominiere, eines islamischen Diskurses, der Intoleranz gegenüber allem predige, das anders sei. IS steigert die Ideologie des politischen Islam ins Extreme, ins nicht mehr Erträgliche - während sich die Welt und die meisten Muslime an die "sanftere" Variante des politischen Islam bereits gewöhnt haben. Es ist keine Frage, dass das absolut entfesselte und unbarmherzige Vorgehen des IS bei der Mehrheit der Muslime und auch bei den Verbandsvertretern ernsthaftes Entsetzen auslöst. **Dieses Entsetzen sollte aber nicht den Blick auf die ideologischen Gemeinsamkeiten verstellen und auch nicht auf die gesellschaftlichen Zustände in der islamischen Welt.** Es gibt kein einziges mehrheitlich islamisches Land, das nicht mehr oder weniger autoritär regiert würde und in dem religiöse Minderheiten der jeweiligen muslimischen Mehrheit gleichgestellt wären, und es gibt kaum eine religiöse Autorität, die sich für eine Gleichstellung ohne Wenn und Aber einsetzen würde. Im Gegenteil.

Über islamische Satellitenkanäle und Zeitungen vornehmlich aus der arabischen Welt, aber zum Teil auch aus der Türkei, wird der politische Islam auch in die Wohnzimmer und Köpfe europäischer Muslime und Musliminnen getragen. Aber auch Moscheen, islamische Privatschulen und -kindergärten und vor allem die großen Islamverbände sind an der Verbreitung des politischen Islam in Europa beteiligt. Viele dieser Einrichtungen werden mit Geld aus Saudi-Arabien und den Golfstaaten finanziert, und Teile der Verbände stehen in einem Naheverhältnis zu diesen Staaten oder zu islamistischen Organisationen wie der *Muslimbruderschaft*. Es wäre naiv anzunehmen, dass das keinen Einfluss auf den von ihnen propagierten Islam hat.

Ein paar Beispiele mögen genügen

Der österreichische Dschihadist und IS-Kämpfer Firas Houidi behauptet⁶, im *Islamischen Zentrum Wien (IZ)* radikalisiert worden zu sein. Es sei dahingestellt, ob diese Behauptung wahr ist oder nicht, sicher ist, dass im IZ ein Islamverständnis propagiert wird, das nicht mit europäischen Werten und dem Rechtsstaat kompatibel ist. Das IZ wurde Ende der 1970er Jahre mit saudischem Geld errichtet und ist eine der bedeutendsten und größten Moscheen Österreichs. Bis heute hat der Botschafter Saudi-Arabiens den Vorsitz inne. Das IZ ist Teil des offiziellen islamischen Dachverbandes *Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ)*, der dort gerne das große Ramadanfest feiert und verschiedene andere Veranstaltungen abhält.

Auf der Website des IZ finden sich immer wieder Passagen, die den rechtlichen und ethischen Grundlagen unserer Gesellschaft widersprechen. In der Freitagspredigt⁷ eines Scheich M. Atiya mit dem Titel *Aufruf zu einer möglichst frühen Verheiratung*, wird neben der frühen Verheiratung der Töchter auch die Polygamie propagiert. "Diese kategorisch abzulehnen beziehungsweise zu verbieten" sei "ein Indiz für den fremden Einfluss bei einigen Muslimen." Dieser Satz ist nicht zuletzt Ausdruck bewusster und gelebter Desintegration, denn Muslimen, die den europäischen Verfassungsstaat und sein Rechtssystem befürworten, wird unterstellt, fremdem Einfluss zu erliegen und vom wahren Pfad abgekommen zu sein.

Das IZ in Wien ist nur eine von zahlreichen Moscheen in ganz Europa, die, ebenso wie Schulen und anderen religiösen Einrichtungen, mit saudischem Geld finanziert werden und in denen gegen die "Ungläubigen" gehetzt und der Dschihad beworben wird. Die österreichische Tageszeitung "Die Presse"⁸ konnte im Jahr 2004 belegen, dass zwei islamische Privatschulen, von denen eine an das IZ angegliedert ist, Schulbücher verwendet werden, in denen u.a. steht: "Im Koran ist zu lesen: Bekämpfet die Ungläubigen, die in eurer Nachbarschaft wohnen. Lasst sie eure ganze Strenge fühlen." Ähnliches berichtete ein Team der ARD-Sendung *Panorama*⁹ im Jahr 2003 über die 1995 in Bonn/Bad Godesberg gegründete *König-Fahd-Akademie*, eine islamische Schule mit zwölf Jahrgangsstufen (und integrierter Moschee), an der nach saudischen Lehrplänen und Schulbüchern in arabischer Sprache unterrichtet wird. Dort wurde kontinuierlich zum Hass gegen Juden und zum Dschihad aufgerufen.

⁵ http://www.huffingtonpost.com/elham-manea/time-to-face-the-isis-ins_b_5688631.html

⁶ <http://www.oe24.at/oesterreich/chronik/wien/ISIS-Krieger-Firas-H-droht-jetzt-Oesterreich/156294052>

⁷ <http://www.islamiccentre.at/freitagspredigt.php?id=13&submit=Finden>

⁸ <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/174961/>

⁹ <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2003/erste8146.html>

Der damalige Kölner Regierungspräsident Jürgen Roters wollte die Schule nach den Enthüllungen der ARD schließen lassen, aber das Auswärtige Amt intervenierte, weil es diplomatische Verstimmungen mit Saudi-Arabien befürchtete. So blieb es bei einer Ermahnung und der Auflage, Lehrpläne und Schulbücher zu überarbeiten. Eine neuerliche Untersuchung der Schule im Jahre 2008 ergab, dass sich an Schulbüchern und Lehrplänen nicht viel geändert hatte. Die König-Fahd-Akademie in Bonn und ihre Dependence in Berlin existieren bis heute. 2010 hat Saudi-Arabien von der Stadt Berlin ein Grundstück gekauft, um einen Neubau für 400 Schulkinder zu errichten.¹⁰

Aber auch im Islamunterricht an öffentlichen (!) Schulen wurde jahrzehntlang ein politischer Islam unterrichtet, der weit davon entfernt ist, auf dem Boden von Demokratie und Menschenrechten zu stehen. In Österreich empfahl die IGGiÖ den von ihr bestellten islamischen Religionslehrern als Unterrichtsbehelf das Buch des Islamisten und Fernsehpredigers Yusuf al-Qaradawi *Erlaubtes und Verbotenes im Islam*. Zu diesem Zweck hatte die Glaubensgemeinschaft eine deutsche Übersetzung¹¹ herausgegeben und mit einem eigenen Geleitwort versehen.

[Al-Qaradawi](#)¹², der übrigens Hitler als den Mann bezeichnet, dem es gelungen sei, die Juden zurechtzuweisen, hatte dieses Buch im Auftrag der Al-Azhar-Universität in Kairo geschrieben. Darin erklärt er unter anderem, warum muslimische Frauen keine nichtmuslimischen Männer heiraten dürfen, muslimische Männer jedoch nichtmuslimische Frauen. Er erläutert, dass Frauen ohne Zustimmung ihres Mannes nicht ausgehen und sich ihm sexuell nicht verweigern dürfen, und führt aus, in welchen Fällen und auf welche Weise der Mann seine Frau schlagen darf. Der militante Dschihad wird darin als äußerst verdienstvoll bezeichnet. Nach öffentlichen Protesten musste die IGGiÖ das Buch im Jahr 2005 zurückziehen. Ein sich selbst gerne als Vertretung aller österreichischen Muslime begreifender Verband, hatte jahrelang das Buch eines Islamisten beworben und es nimmt nicht wunder, dass ein paar Jahre später Mouhanad Khorchide von eben jenem Verband angegriffen und letztlich aus Österreich vertrieben wurde. Verschiedene europäische Islamverbände und -vereine empfehlen¹³ das Buch nach wie vor, auch der *Zentralrat der Muslime in Deutschland*, dessen Vorsitzender Mazyek bei Maischberger betonte, mit Dschihad sei das "Überwinden des inneren Schweinehunds" gemeint und nicht der bewaffnete Kampf.

Ein führendes Mitglied der IGGiÖ wiederum, Nebi Uysal, ist Verfasser eines höchst umstrittenen¹⁴, in Österreich jedoch noch immer verwendeten islamischen Religionsbuchs, in dem das Märtyrertum heroisiert wird. Und der derzeitige Präsident der *Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich*, Fuat Sanaç, steht *Milli Görüş* nahe, einer Organisation, die dem politischen Islam zugeordnet werden muss. Trotz Nachfrage¹⁵ hat er es bislang verümt, sich vom Antisemitismus der Organisation zu distanzieren.

In Deutschland finden sich im *Zentralrat der Muslime* (ZMD) Organisationen, die den *Muslimbrüdern* nahestehen und Kontakte zu dschihadistischen Gruppen wie der Hamas pflegen. Eine davon ist die *Islamische Gemeinschaft in Deutschland* (IGD), die unter anderem das *Islamische Zentrum in München* betreibt. Es wurde 1957 von Said Ramadan, dem Schwiegersohn des Gründers der Muslimbruderschaft in Ägypten, Hassan al-Banna, gegründet. Auch das ein Jahr später in Genf gegründete Islamische Zentrum geht auf seine Initiative zurück. In beiden Moscheen wird Propaganda für den Islam der Muslimbrüder betrieben, Dschihad inklusive. Zwar betont das IZ München auf seiner Internetseite die friedliche Absicht des Dschihad, der nur ausnahmsweise mit der Waffe geführt werden dürfe, nämlich dann, wenn es ein muslimisches Land zu verteidigen gelte, gleichzeitig steht das Zentrum wegen Unterstützung dschihadistischer Gruppen unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. "Verteidigungsfälle", in denen der Dschihad erlaubt ist, lassen sich halt schnell finden. Auch der viele Jahrhunderte währende arabische und osmanische Imperialismus lässt sich offenbar - Logik und historische Fakten hin oder her - als Verteidigungskrieg interpretieren.

Die IGD selbst steht, entgegen ihrer Proklamation "Islam heißt Frieden schaffen", in einem Naheverhältnis zur Hamas und anderen dschihadistischen Organisationen und wird ebenfalls vom Verfassungsschutz beobachtet. Der Verfassungsschutzbericht¹⁶ des Jahres 2010 bescheinigt der Organisation die zielgerichtete und beharrliche "Schaffung von gesellschaftlichen ‚Freiräumen‘ [...], in denen säkulare gesellschaftliche Konventionen und westlich geprägte pluralistische Normen nicht gelten, sondern die von der Organisation praktizierten islamistischen Wertvorstellungen Anwendung finden sollen."

Ein Bestseller islamischer Pädagogik in Europa, der sich nach wie vor in zahlreichen Web-Auftritten findet und problemlos im Internet gelesen oder bestellt werden kann, ist das Buch "Die Erziehung unserer Kinder"¹⁷. Geschrieben hatte es die deutsche Konvertitin Fatima Grimm im Jahr 1975. Sie verherrlicht darin offen den bewaff-

¹⁰ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/grundstuecksverkauf-saudi-schule-in-westend-geplant/1814296.html>

¹¹ <http://de.scribd.com/doc/4447099/Erlaubtes-und-Verbotenes-im-Islam-Jusuf-al-Qaradawi>

¹² <http://www.ufuq.de/newsblog/308-yusuf-al-qaradawi-und-islam-online>

¹³ <http://islam.de/1641.php>

¹⁴ <http://derstandard.at/1308680104739/Ein-neuer-Praesident-mit-alten-Troubles>

¹⁵ <http://derstandard.at/1310511624786/Fuat-Sanac-Keine-Absage-an-den-Antisemitismus>

¹⁶ http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2010.pdf

¹⁷ <http://www.enfal.de/news5.htm>

neten Dschihad und ruft Mütter dazu auf, ihre Söhne nicht "feige und ängstlich" vor jeder Gefahr bewahren zu wollen: "Vielmehr sollten wir ihnen immer vor Augen führen, was für eine großartige Auszeichnung es für jeden Muslim ist, für die Sache des Islam mit der Waffe in der Hand kämpfen zu können." Als der *Zentralrat der Muslime* 2005 auf die Dschihad-Propaganda und die Ehrenmitgliedschaft Fatima Grimms angesprochen wurde, redete man sich damit heraus, dass der Text dreißig Jahre alt sei und keinesfalls den bewaffneten Dschihad für die heutige Zeit begründe. Als Fatima Grimm im vergangenen Jahr verstarb, ehrte¹⁸ der ZMD sie als "große muslimische Persönlichkeit".

Nach wie vor bezeichnet der *Zentralrat* Nichtmuslime, die in islamischen Ländern leben, auf seiner Website¹⁹ als "ahlu-dhimma oder dhimmi", also als nicht gleichberechtigte Bürger, die sich durch einen Vertrag den Dhimmistatus erworben haben. Analog dazu werden in Deutschland lebende Muslime laut der *Charta*²⁰ des ZMD von 2002 als Vertragspartner Deutschlands betrachtet, die durch ihren Aufenthalt in einem nichtmuslimischen Land einen Vertrag mit demselben abgeschlossen hätten. Diese schariarechtliche Sicht hat wenig mit dem Konzept des freien Bürgers, des modernen Citoyen in einer demokratischen Gesellschaft gemein. Der *Zentralrat* kann, befangen in traditionellen Vorstellungen von der islamischen Umma, Menschen nicht als Individuen einer pluralistischen Gesellschaft wahrnehmen, sondern lediglich als Mitglieder religiöser Kollektive.

Es war keine große Überraschung, dass der *Koordinationsrat der Muslime* (KRM), ein Dachverband, dem auch der *Zentralrat* angehört, dem erwähnten, schon in Österreich heftig angegriffenen und nun in Münster tätigen Professor für islamische Theologie, Mouhanad Khorchide, in einem Gutachten²¹ unterstellte, sein Buch "Islam ist Barmherzigkeit" widerspreche den Grundsätzen der islamischen Glaubenslehre. Der KRM legte durch einige Äußerungen²² sogar nahe, Khorchide sei vom Glauben abgefallen. Keine Rede mehr davon, dass es DEN Islam nicht gebe und leicht vorstellbar, was Khorchide nach diesen Unterstellungen in einem islamischen Land widerfahren wäre. Im Gutachten des KRM wird unter anderem die Verwendung des Begriffs Scharia durch Khorchide zurückgewiesen. Scharia bedeute, laut KRM, "alle islamischen Lehren, vom Monotheismus über die Glaubensgrundsätze bis zu den religiösen Ritualen und den gesellschaftlichen und juristischen Vorstellungen. [...] Daher kann Scharia ebenso wenig auf ein juristisches System reduziert werden, wie der juristische Inhalt der Scharia von der Hand gewiesen werden." (S. 32f.) Der juristische Inhalt der Scharia jedoch steht in klarem Widerspruch zu einem demokratischen Rechtsstaat.

Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Immer wieder fallen ganze Verbände, größere oder kleinere Vereine und Moscheegemeinden oder einzelne Vertreter dieser Organisationen durch ein Islamverständnis auf, dass jenem der Extremisten näher steht als der offenen Gesellschaft. Immer wieder kommt es zu Berichten über Entgleisungen von Religionslehrern und Imamen, wird in Schulen und Moscheen gegen Andersgläubige gehetzt, werden Dschihad und Märtyrertum verherrlicht und eine bedenkliche Frauenrolle propagiert.

Die Brandstifter als Feuerlöscher?

Mit den großen Islamverbänden bieten sich nun paradoxerweise die Brandstifter der letzten Jahrzehnte als Feuerlöscher an. Ausgerechnet jene, die einen Islam predigten, der den bewaffneten Dschihad nicht ausdrücklich ablehnt, sondern teilweise verherrlicht, der die Scharia als Lebenskonzept vorgibt, die Trennung der Welt in Gläubige und Ungläubige propagiert und die Gleichberechtigung der Frau ablehnt, gerieren sich als Partner im Kampf gegen den islamischen Extremismus. Es wäre ein Fehler, dieses Angebot anzunehmen. Man kann es nicht deutlich genug sagen: Die Islamverbände sind nicht die Lösung des Problems, sie sind das Problem. Solange sie jede Kritik von sich weisen, theologische Debatten blockieren und jede kritische Auseinandersetzung über ein anderes, modernes Islamverständnis abwürgen wäre die Politik gut beraten, die Zusammenarbeit mit diesen Verbänden, die ohnehin nur eine Minderheit von ca. 10-15% der Muslime vertreten zu überdenken.

Eine Politik, die sich fast ausschließlich auf die Islamverbände stützt, drängt jene, die sich für eine demokratische und offene Gesellschaft engagieren, an den Rand. Statt immer mehr konservative bis islamistische Mitglieder in die Parteien zu integrieren und damit den politischen Islam zu stärken, würde es dem Kampf gegen den Extremismus mehr dienen, jene Organisationen zu stärken, die ein liberales und offenes Verständnis der Religion propagieren oder die auf einer nichtreligiösen Basis gegründet sind. Das und nur das würde den Druck auf die großen Verbände erhöhen, dem politischen und oft genug auf Segregation beharrenden Islam eine Absage zu erteilen.

Ländern wie Saudi-Arabien oder Katar, die weltweit religiöse Einrichtungen finanzieren, um sie als Propagandaplattformen für ihre extremistische Variante des Islam zu nutzen, sollte, ebenso wie islamistischen Organisationen wie der Muslimbruderschaft, die Möglichkeit entzogen werden, in Europa weitere Einrichtungen zu planen und zu bauen. Die Verträge der bereits bestehenden sollten ernsthaft auf die Möglichkeit einer

¹⁸ <http://zentralrat.de/22265.php>

¹⁹ http://islam.de/1641.php#deutsch/vielehe_d.html

²⁰ <http://zentralrat.de/3035.php>

²¹ http://koordinationsrat.de/media/File/gutachten_krm_17122013.pdf

²² <http://www.welt.de/regionales/koeln/article124146187/Angriff-auf-den-freundlichen-Islam.html>

Vertragsbeendigung hin überprüft werden. Norwegen geht hier mit gutem Beispiel voran: Die Auslandsfinanzierung von Glaubensgemeinschaften ist genehmigungspflichtig, was den Behörden auch eine genaue Überprüfung der Finanzierung von Bauvorhaben ermöglicht. Zwei von Saudi-Arabien finanzierte Moscheebauten wurden auf dieser Grundlage bereits untersagt. Nachdem der saudische Staat keinem anderen Staat erlaubt, religiöse Einrichtungen auf seinem Hoheitsgebiet zu errichten, verbietet Norwegen dem saudischen Staat - nicht aber norwegischen Muslimen - die Errichtung selbiger in Norwegen. Demgegenüber ermöglichen etwa Deutschland und Österreich dem saudischen Regime und anderen Scharia-Staaten (wie aktuell gerade in München)²³ umstandslos die Errichtung von Moscheen, Schulen und Kulturzentren.

Das wohl skurrilste Beispiel ist das 2012 im Wiener Stadtzentrum errichtete saudische Prestigeprojekt: Das König Abdullah Zentrums für interreligiösen und interkulturellen Dialog²⁴. Es ist an der Zeit, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und zu realisieren, dass der Preis für saudisches Öl und saudische Aufträge an die heimische Wirtschaft zu hoch ist, wenn damit gleichzeitig der saudische Einfluss auf europäische Muslime ermöglicht und die islamistische Propaganda ins Land geholt werden.

²³ <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/dachauer-strasse-neuer-standort-fuer-islam-zentrum-1.1947934>

²⁴ <http://www.heiko-heinisch.net/wir-sind-dialog/>